

Niederschrift

**über die in der 13. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales
am 30.01.2019 im Prinz-Moritz-Saal des Kreishauses in Kleve (Raum E.159)
gefassten Beschlüsse**

Beginn der Sitzung : 16:00 Uhr
Ende der Sitzung : 18:05 Uhr

anwesend sind

Schreiber, Adolf	Goch
Poell, Peter	Goch
Schmidt, Gabriele	Kleve
Kersten, Gertrud	Kranenburg
Hohl, Peter	Kevelaer
Dr. Krebber, Klaus	Emmerich
Mulder, Andy	Kleve
Kerkenhoff, David	Kalkar
Gorißen, Dietmar	Kleve
Preußner, Hans-Jürgen	Geldern
Looschelders, Herbert	Kleve
Höhn, Birgitt	Kevelaer
Ketelaers, Dirk	Rheurdt
Engler, Gerd	Goch
Killewald, Norbert	Kevelaer
Rupp, Thorsten	Emmerich

beratendes Mitglied

-

entschuldigt sind

-

anwesend sind von der Verwaltung

Landrat Wolfgang Spreen
Günter Franik
Andrea Schwan

als Schriftführer

Thomas Reintjes

- - - - -

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses für Gesundheit und Soziales. Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugegangen und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Es erklärt sich niemand für befangen im Sinne der Kreisordnung.

- - - - -

Öffentliche Sitzung

1. Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II
Bericht über den aktuellen Sachstand
2. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse von EU-Ausländern im Kreis Kleve
Anfrage der SPD Fraktion des Kreistages Kleve vom 11.12.2018
3. Jetzt Langzeitarbeitslosigkeit im Kreis Kleve reduzieren - Teilhabechancengesetz "MitArbeit"
schnellstmöglich nutzen
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 3.1.2019
4. Bilanz Ausbildungsjahr 2017/2018 und Unterstützung junger Menschen im Kreis Kleve auf
der Suche nach Ausbildungsstellen
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 16.01.2019
5. Bericht über die Arbeit des virtuellen Pflegestützpunkt des Kreises Kleve
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 16.01.2019
6. Tätigkeitsbericht der Überwachungsbehörde nach § 14 Abs. 11 WTG
für den Zeitraum 2017 - 2018
7. Tätigkeitsbericht der Fachstelle für behinderte Menschen im Arbeitsleben für das Jahr 2018
Leistungen und Maßnahmen der Fachstelle für behinderte Menschen im Arbeitsleben des
Kreises Kleve
8. Kommunale Pflege- und Gesundheitskonferenz des Kreises Kleve (KPGK)
Bericht aus der letzten Sitzung
9. Mitteilungen

10. Anfragen

- - - - -

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 963 /WP14

Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II
Bericht über den aktuellen Sachstand

Frau Schwan informiert das Gremium mittels des als **Anlage 1** beigefügten Power-Point-Vortrages über das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm des Jobcenters Kreis Kleve für das Jahr 2019.

Im Anschluss an die Präsentation bedankt sich der Vorsitzende für die Ausführungen und eröffnet die Aussprache.

Herr Engler dankt für seine Fraktion für die Informationen und weist darauf hin, dass die Zahlen auf der ersten Seite der Vorlage über 100% liegen, was sicherlich an der Durchmischung der Zielgruppen liege. Bei den Integrationsquoten sei der aktuelle Rang 41 von 53 nicht so gut. Es müsse das Ziel sein, in 2019 den Integrationsrang zu verbessern. 30% Aufstocker seien eine Schande. Hier sei die Politik auf oberer Ebene und der Kreisebene gefordert. Der Mindestlohn müsse erhöht werden.

Herr Looschelders dankt für die Informationen. Er weist darauf hin, dass, trotz über 100.000 sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze, das Lohnniveau im Kreis Kleve niedrig sei. Der Prozentsatz der Aufstocker sei sehr hoch. Er stelle sich die Frage, ob die Qualität der Arbeitsverhältnisse geeignet sei, den Lebensunterhalt sicherzustellen und ob es Daten zu den Verdiensten in Teilzeitbeschäftigungen gebe.

Frau Schwan teilt mit, dass es sich bei den in der Statistik erfassten Teilzeitarbeitsverhältnissen immer um sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten handelt. Zu den genauen Anteilen können keine statistischen Werte benannt werden. Der Prozentsatz der Aufstocker sei nicht statisch, sondern bewege sich in einem Korridor zwischen 28% und 31%.

Herr Poell stimmt der Aussage von Herrn Engler zu. Dazu sei aber anzumerken, dass die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften im Leistungsbezug in den vergangenen 18 Monaten um insgesamt 1.101 zurückgegangen sei. Das sei ein Grund zur Freude; die Jobcenter in den Kommunen seien auf dem richtigen Weg. Weiter bekräftigt er, dass der Lebensunterhalt der Menschen durch Arbeit in Vollzeit vollständig sichergestellt sein sollte.

Frau Schwan berichtet auf Nachfrage von Herrn Killewald, dass es bei den Jobcentern keine statistischen Daten darüber gibt, in welchen Wirtschaftsbereichen wie viele Aufstocker beschäftigt seien. Zur Frage der assistierten Ausbildung teilt sie mit, dass die Betroffenen 1 Jahr bei der Ausbildungsplatzsuche begleitet werden und danach 3 Jahre ausbildungsbegleitende Hilfen am Arbeitsplatz, in der Schule und bei besonderen Problemen erhalten. Das Budget werde vollständig zur Bewirtschaftung auf die Kommunen verteilt, die die Budgethoheit hätten. Nicht verbrauchte

Mittel werden bei Bedarf vom Kreis umgeschichtet. Für 2019 gehe man von einem mindestens auskömmlichen Budget aus. Auch für die Folgejahre werden erhöhte Mittel erwartet.

Herr Looschelders bittet um Informationen darüber wieviel Geld vom Budget des Jobcenters (16. Mio. für Verwaltungsleistungen + 14 Mio. für Maßnahmen) bei den Beschäftigten ankommt.

Frau Schwan erläutert, dass der Bund die Rahmenbedingungen setze. Die Mittel seien gegenseitig deckungsfähig. Es gehe nicht nur um die Sicherstellung des Lebensunterhaltes, sondern auch um Betreuung, Coaching u.ä. der Kunden. Die Verwaltungskosten für Personal kämen auf diesem Weg auch den Kunden zugute.

Herr Rupp dankt für die Ausführungen. Das Jahr 2019 bietet seiner Auffassung nach Chancen und Herausforderungen, die genutzt werden sollten. Die zur Verfügung stehenden Mittel sollten für die Betroffenen sinnvoll eingesetzt werden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 968 /WP14

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse von EU-Ausländern im Kreis Kleve
Anfrage der SPD Fraktion des Kreistages Kleve vom 11.12.2018

Herr Engler sieht das Thema der Vorlage in einzelnen Kommunen aktuell. Die Probleme in diesem Bereich müssten auch beim Kreis Kleve bekannt sein, der bei der Zeitarbeit an der Spitze liege. Seiner Kenntnis nach leben im Kreis Kleve ca. 13.000 polnische Mitbürger von denen ca. 400 Leistungen des Jobcenters beziehen. Er bittet um Informationen darüber, ob es in den Jobcentern polnisch sprechende Mitarbeiter gibt und ob eine Zentralisierung der Betreuung Sinn macht.

Frau Schwan teilt mit, dass aktuell 319 polnische Staatsangehörige Leistungen des Jobcenters beziehen. Flyer des Jobcenters gebe es auch in polnischer Sprache. Beim Kreis Kleve liegen keine Informationen über polnisch sprechende Mitarbeiter in den örtlichen Jobcentern vor. Eine Zentralisierung der Betreuung sei kein Thema.

Herr Engler verweist auf katastrophale Wohnverhältnisse. Er sehe das Gremium in der Pflicht, das Thema zu behandeln, auch vor dem Hintergrund, dass auf dem Flughafen in Weeze Menschen unwürdig untergebracht seien.

Herr Looschelders verweist auf eine Immobilie in Kleve, die seiner Auffassung nach eine „Schrottimmobilie“ sei. Hier hätten Leiharbeitsfirmen für Mitarbeiter Wohnungen angemietet, die in mangelhaftem Zustand seien.

Herr Poell berichtet, dass das Thema im Rat der Stadt Goch behandelt worden sei. Im Kreis Kleve gebe es die besondere Situation, dass Immobilien von niederländischen Firmen und Privatpersonen zur Unterbringung von Zeitarbeitern gekauft oder gemietet werden. Bei Arbeitslosigkeit werde dies zum Problem, da dann Ansprüche auf Sozialleistungen entstehen. Er sei der Überzeugung, dass u.a. unterschiedliche Kindergeldzahlungen ursächlich seien, was aber im Einklang mit EU-Recht stehe. Die Vorlage stelle die Verhältnisse in den Niederlanden gut dar. Menschenunwürdiges Wohnen könne nicht toleriert werden.

Herr Looschelders sieht bei Schrottimmobilien Handlungsmöglichkeiten der Kommunen und des Kreises.

Herr Rupp zeigt sich über die Ausführungen auf Seite 3 der Vorlage verwundert, da diese Medienberichten widerspreche. Er bittet den Landrat um Informationen darüber, ob es über das Thema Gespräche mit den Bürgermeistern gegeben hat und ob der Kreis Kleve hier zuständig ist.

Landrat teilt mit, dass sich Bürgermeister und Landrat regelmäßig austauschen. Dieses Thema sei aber bisher wegen der ausschließlichen Zuständigkeit der Kommunen nicht behandelt worden. Auch der Ausschuss für Gesundheit und Soziales sei nicht zuständig.

Herr Killewald teilt mit, dass der Kreis Kleve Eigentümer einer Immobilie auf dem Flughafengelände in Weeze sei. Er bittet den Landrat um Mitteilung, wie sich der Kreis Kleve zu der Problematik stellt.

Landrat teilt mit, dass der Kreis Kleve lediglich Eigentümer einer Fläche mit Solarkollektoren auf dem Flughafengelände in Weeze sei und alle anderen Flächen im Eigentum der Flughafen Niederrhein GmbH seien.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 973 /WP14

Jetzt Langzeitarbeitslosigkeit im Kreis Kleve reduzieren - Teilhabechancengesetz "MitArbeit" schnellstmöglich nutzen
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 3.1.2019

Herr Rupp erkundigt sich, warum in der Vorlage eine Unterscheidung zwischen Arbeitsplätzen in der freien Wirtschaft und Kommunen/kommunalen Eigenbetrieben gemacht werde und welche Rolle der örtliche Beirat bei den Maßnahmen des Jahres 2019 spiele.

Frau Schwan teilt mit, dass die Umsetzung des Gesetzes im Jahr 2019 ein Landesschwerpunkt sei. Der Fokus bei der Arbeitgeber-Ansprache liege bei der freien Wirtschaft. Kommunale Arbeitgeber seien i.d.R. gut informiert. Eine Sitzung des Beirats, in der u.a. das Teilhabechancengesetz behandelt werde, finde im Februar 2019 statt. Im Beirat sei Konsenz hinsichtlich der Branchen herzustellen.

Auf Nachfrage von Herrn Rupp, warum im Bereich der Netzwerke die UAG Flüchtlinge nur bedarfsgerecht tage, teilt Frau Schwan mit, dass sich das Verfahren nach Klärung der rechtlichen Besonderheiten eingespielt habe und die Flüchtlinge momentan eine ganz normale Zielgruppe im Regelgeschäft seien.

Frau Höhn bittet, der Niederschrift eine Mitgliederliste des örtlichen Beirats beizufügen. Diese ist als **Anlage 2** angehängt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 985 /WP14

Bilanz Ausbildungsjahr 2017/2018 und Unterstützung junger Menschen im Kreis Kleve auf der Suche nach Ausbildungsstellen
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 16.01.2019

Frau Schwan teilt auf Nachfrage von Herrn Rupp mit, dass in den Kommunen rund 110 Fallmanager für die Vermittlung in Arbeit und Ausbildung zuständig sind und zum Teil Fallmanager mit speziellen Qualifikationen, z.B. Sozialpädagogen eingesetzt werden. In großen Kommunen werden teilweise spezielle Fallmanager für die Zielgruppe der jungen Menschen eingesetzt. Dies gelte aber nicht für kleinere Kommunen. Der Kreis habe die Jobcenter vernetzt. Ausbildungsplätze seien daher transparent. Die gemeinsamen Vorschläge zur Übernahme der umfassenden Verantwortung für die Ausbildungsförderung,-vermittlung und -beratung der BDA und DGB werden der Niederschrift (**als Anlage 3**) beifügt.

Herr Hohl weist darauf hin, dass es kein Alleinstellungsmerkmal sei, sich um Auszubildende zu kümmern. Der Kreis sei in diesem Bereich schon seit sehr vielen Jahren aktiv, auch vor der Aufgabenwahrnehmung als Träger der Grundsicherung.

Herr Ketelaers bittet um Information darüber, ob es einen kreisübergreifenden Austausch von Informationen über freie Ausbildungsplätze gibt.

Frau Schwan teilt mit, dass man hierzu eine öffentlich zugängliche Plattform eingekauft habe, die den Radius bis ins Ruhrgebiet abdecke.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 986 /WP14

Bericht über die Arbeit des virtuellen Pflegestützpunkt des Kreises Kleve
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 16.01.2019

Herr Killewald führt aus, dass Minister Laumann vor einigen Jahren die Möglichkeit der Zusammenarbeit von Pflegekassen und Kreisen in Pflegestützpunkten geschaffen habe. Er halte den vom Kreis eingerichteten „Virtuellen Pflegestützpunkt“ für sinnlos und sei bei einem persönlichen Test in konkreter Angelegenheit in dieser Auffassung bestärkt worden. Der Kreis solle den virtuellen Pflegestützpunkt verlassen und das Zusammenwirken von Pflegekassen und Kreis forcieren.

Frau Höhn führt aus, dass ihre Fraktion dem virtuellen Pflegestützpunkt nicht zugestimmt habe. Ihrer Auffassung nach ist eine unabhängige Beratung durch die Anbieter nicht gewährleistet. Insbesondere die unterschiedlichen Preise der Anbieter könnten durch eine unabhängige Beratung für die Betroffenen transparenter gemacht werden.

Herr Franik verweist auf die Vorlage Nr. 850/WP14 von Juli 2018 und teilt auf Nachfrage von Herrn Rupp mit, dass der Kreis Kleve zur Durchführung der durch die Pflegestärkungsgesetze und die Übernahme der ambulanten Hilfe zur Pflege von den Kommunen zum 01.01.2019 neu auf den Kreis zugekommenen Aufgaben zukünftig Pflegefachkräfte im Umfang von 1,5 VZÄ beschäftigen wird. Der Einstellungsvorgang sei noch nicht abgeschlossen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 964 /WP14

Tätigkeitsbericht der Überwachungsbehörde nach § 14 Abs. 11 WTG für den Zeitraum 2017 - 2018

Herr Engler bittet, in der Niederschrift nähere Informationen zu den in der Vorlage erwähnten 6 Anordnungen der WTG-Behörde zu geben.

(Antwort der Verwaltung außerhalb der Niederschrift:

In Zusammenhang mit der Durchsetzung der Vorschriften zur Wohnqualität in Einrichtungen zum 31.07.2018 war der Erlass von 5 Anordnungen der WTG-Behörde (Rechtssichere Wiederbelegungssperre von oberhalb der Quote liegenden Doppelzimmern) erforderlich. Eine Anordnung ist zum Schutz der Rechte eines Bewohners ergangen.)

Herr Poell weist auf die Anlage 2 zur Vorlage hin. Die Pflegenoten des MDK in der Tabelle führen zu einem gewissen Unwohlsein. Der Kreis sei hier aber nicht verantwortlich.

Auf Nachfrage von Herrn Killewald teilt Herr Franik mit, dass einzelne Einrichtungen in 2018 von der Möglichkeit der Umwandlung in teilstationäre Plätze Gebrauch gemacht haben.

Herr Looschelders bittet vor dem Hintergrund, dass auch in Einrichtungen der Eingliederungshilfe vermehrt Pflegeleistungen und Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII erbracht werden, die Auswirkungen des BTHG darzustellen.

Herr Franik teilt hierzu mit, dass es derzeit noch ungeklärte Rechtsfragen gibt und dass beabsichtigt ist, dem Ausschuss die Auswirkungen des BTHG im Laufe des Jahres bekannt zu geben.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 965 /WP14

Tätigkeitsbericht der Fachstelle für behinderte Menschen im Arbeitsleben für das Jahr 2018
Leistungen und Maßnahmen der Fachstelle für behinderte Menschen im Arbeitsleben des Kreises Kleve

Auf Nachfrage von Herrn Killewald erklärt Herr Franik, dass es im Bereich der Beantragung von Hilfen für Behinderte Menschen im Arbeitsleben bisher keine Streitverfahren gegeben hat.

Herr Looschelders erkundigt sich danach, ob im Bereich der Reinigungsgewerke eine erhöhte Anzahl von Kündigungsschutzverfahren festzutellen sei.

Herr Franik erklärt hierzu, dass dies nicht der Fall sei.

Herr Rupp bittet um Informationen darüber, ob die Zahlen der Fachstellen überregional verglichen werden. Die Zahl der Kündigungsschutzverfahren sei trotz guter Konjunktur gestiegen. Dies sei bedauerlich.

Herr Franik erklärt, dass hierzu keine Statistik bekannt sei. Der Kreis habe keinen Einfluss auf die Antragstellung im Bereich des Kündigungsschutzes. Alle Fälle müssten bearbeitet werden.

Frau Höhn erkundigt sich danach, ob im Rahmen der Berichtserstattung der Zeitpunkt der Kündigung darstellbar sei, z.B. nach Auslaufen von Fördermaßnahmen der Fachstelle.

Herr Gorißen erklärt hierzu, dass dies arbeitsrechtlich kein Kündigungsgrund ist und somit nicht darstellbar sei.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 966 /WP14

Kommunale Pflege- und Gesundheitskonferenz des Kreises Kleve (KPGK)
Bericht aus der letzten Sitzung

Der Vorsitzende verweist auf den interessanten Vortrag der AOK Rheinland/Hamburg in der letzten Sitzung der KPGK und die im Rahmen der Sitzung verteilte Broschüre, die viele Informationen zur Gesundheit im Kreis Kleve enthält.

Herr Rupp bittet den Landrat, die Art der Führung des Gremiums zu überdenken.

Frau Höhn weist auf Seite 4 der Broschüre hin, wonach im Bereich der Kinder- und Jugendgesundheit die frühen U-Untersuchungen gut, die späteren jedoch schlechter in Anspruch genommen werden. Sie bittet um Informationen ob es stimme, dass die Eltern älterer Kinder nicht mehr durch die Behörde an die Untersuchung erinnert werden.

Landrat teilt mit, dass die Frage schriftlich beantwortet wird.

(Antwort der Verwaltung außerhalb der Niederschrift:
Erinnerungen durch die Zentrale Stelle im Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen sind lediglich für die U5 bis U9 (Alter 6 Monate bis 5,5 Jahre) vorgesehen.)

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:

Mitteilungen

Herr Engler bedauert für die SPD-Fraktion, dass dies die letzte Sitzung unter der Leitung des Vorsitzenden sei. Er bedankt sich für die vielen Jahre der guten Zusammenarbeit und wünscht alles Gute.

Herr Poell dankt für die CDU-Fraktion und wünscht alles Gute.

Herr Gorißen dankt für die souveräne Leitung, die Achtung der Mitglieder und wünscht alles Gute.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Wertschätzung und bei allen Mitgliedern des Gremiums. Die Aufgaben seien von allen gemeinsam wahrgenommen worden. Er bedankt sich auch beim Landrat und den Mitarbeitern der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit und wünscht Allen alles Gute.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung:

Anfragen

Anfragen werden nicht gestellt.

Nichtöffentliche Sitzung

11. Mitteilungen

12. Anfragen

Zu Punkt 11 der Tagesordnung:

Nichtöffentliche Sitzung

Mitteilungen

Es erfolgen keine Mitteilungen.

Zu Punkt 12 der Tagesordnung:

Nichtöffentliche Sitzung

Anfragen

Anfragen werden nicht gestellt.

Reintjes
(Schriftführer)

Schreiber
(Vorsitzende/r)